

Bezugspreis: Vierteljährlich 10.50 M., monatlich 3.50 M. ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Wittwoch, den 12. November 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Helfferichs Vernehmung.

Im Armstuhl gegenüber dem Vorsitzenden der Untersuchungskommission sitzt heute der Vizefängler a. D. Dr. Karl Helfferich.

Man beschäftigt sich zunächst mit der Frage, ob die Friedensaktion Wilsons weitergegangen wäre, wenn man die Order zum unbeschränkten U-Boot-Krieg zurückgezogen und Wilsons Vermittlung angenommen hätte.

Herr v. Bethmann soll sich nun noch über den Stand der Friedensfrage im Osten in der kritischen Zeit und über die polnische Frage äußern.

In der Sitzung des Ausschusses vom 30. Januar 1917 hatte Genosse David eine Rede gehalten, in der er den Beschluß zum U-Boot-Krieg als verhängnisvoll kritisierte.

Dann beginnt Helfferich seine Verteidigung mit einer aufgeregten Polemik gegen diejenigen, die den U-Boot-Krieg als ein Cabanque-Spiel bezeichnen.

Helfferich spricht nach seiner Art und in kurzen, abgehackten Sätzen, wobei man immer das Gefühl hat, daß es in den nächsten fünf Minuten zum Bruch kommt.

Nach dieser Einladung gerät Helfferichs Rede wieder in ruhigeren Fluß.

Der Sitzungsbericht.

Vors. Wurmuth eröffnet die Sitzung um 10 1/2 Uhr und richtet zunächst noch einige Fragen an Herrn v. Bethmann.

Vors. Wurmuth: Von wem und in welcher Richtung ist Euer Ungenügen über die Rückzugsmöglichkeit des unbeschränkten U-Boot-Krieges orientiert worden?

v. Bethmann: Schon vor dem 29. Januar hat Dolbenhoff mir und den Staatssekretären Helfferich und Zimmermann wiederholt und bestimmt erklärt, der U-Boot-Krieg könne

jetzt nicht mehr rückgängig gemacht

werden, da die U-Boote draußen wären und ein guter Teil von ihnen nicht mehr zurückgerufen werden könnte.

Vors. Wurmuth: Es lag also ein positives Nichtwissen vor. Konteradmiral v. Bülow stellt fest, daß eine Frist für die Rückberufung der U-Boote überhaupt nicht vorhanden war.

Prof. Bonn: Die Sache lag doch politisch ganz anders. Solange wir die U-Boote fahren sehen, bestand doch die Möglichkeit, daß ein Amerikaner zu Schaden kam.

Angst vor der deutschen Konkurrenz.

Nach der „Köln. Ztg.“ erklärte auf der Jahresversammlung der Vereinigung amerikanischer Ausfuhrfabrikanten der Chef der Untersuchungsabteilung der Nahrungsmittelbehörde Dr. Taylor, wenn die Alliierten darauf bestehen, daß Deutschland die höchstmögliche Kriegschadung leisten solle, werden sie gleichzeitig Deutschland zu einer der härtesten, vielleicht sogar der härtesten Handelsmacht der Welt machen.

Belgische Rache.

Der Antwerpener „Telegraaf“ meldet aus Brüssel, daß der Kassationshof die von dem zum Tode verurteilten Aktivistischen Vornam beantragte Wichtigkeitserklärung abgelehnt hat.

Hunger in Polen.

In galizischen Erbkäsevicz nehmen die Hungerdemonstrationen ihren Fortgang. Die Demonstranten verlangen sofortige Zuteilung von Zucker, Mehl und Kohlen und drohen sonst mit Streik. In Czernowitza herrscht Mehl- und Getreidemangel.

Paris in Aufregung.

Einem Pariser Bericht des „Hamburger Fremdenblatts“ zufolge sind weite Strahenzüge militärisch abgesperrt, weil die streikenden Warenhausangestellten Ausschreitungen begangen hätten. Der Eisenbahnstreik am 7. November wurde nur teilweise durchgeführt.

solche Zufälligkeiten hinweggesehen. Es handelt sich auch nicht um solche Zufälligkeiten, sondern darum, daß

am 1. Februar die Polizei bewußt geändert wurde. Eine Zufälligkeit konnte man entschuldigen, und man hätte dafür auch bei Wilson Verständnis gefunden.

Prof. Bonn: Wenn nun aber ein Unglück geschehen wäre? Graf Bernstorff: Wenn wir gesagt hätten, daß ein solcher Fall eintreten könnte, weil nicht alle U-Boote benachrichtigt werden könnten, so wäre trotzdem

die Friedensvermittlung nicht gescheitert worden.

Der Vorsitzende richtet darauf an Herrn v. Bethmann die Frage, ob man bei Erlass der polnischen Proklamation den ungünstigen Eindruck in Rechnung gestellt habe, den diese Proklamation auf Rußland machen mußte.

v. Bethmann: Ich habe mich über diese Proklamation in einer Zwischenfrage zu äußern.

Abg. Dr. Singheimer: Es kann die Anschauung bestehen, daß die zornige Antwort Rußlands auf das Friedensangebot die Erwiderung auf diese Proklamation, die auf russischem Boden erfolgte, gewesen ist.

v. Bethmann: Ich wiederhole, daß er auf diese Fragen jetzt nicht eingehen könne, er müsse sich auch mit dem frühesten Staatssekretär v. Jagow besprechen.

Vorsitzender Wurmuth erklärt, daß Herr v. Jagow geladen werden solle und daß die Probleme dann vielleicht in zwei Wochen verhandelt werden könnten.

Vorsitzender Wurmuth: Wir können nicht anders verfahren, als daß wir nacheinander die verschiedenen Fragen erschöpfen.

Darauf wird in die Vernehmung des ehemaligen Vizefänglers Helfferich eingetreten.

Zunächst werden vom Vorsitzenden und dem Berichterstatter Aktienstücke und Teile einer Rede des Zeugen verlesen, die dieser am 31. Januar 1917 im Hauptauschuß des Reichstages gehalten hat, um die Bedenken des damaligen Abgeordneten Dr. David hinsichtlich des Eintretens in den unbeschränkten U-Boot-Krieges gehalten hat, zu zerstreuen.

In dieser Rede habe Dr. Helfferich den Standpunkt vertreten, daß jetzt

der geeignete Moment

zum Beginn des unbeschränkten U-Boot-Krieges gekommen sei.

Dr. Helfferich: Der Vorsitzende hat zu Beginn dieser Ausschussverhandlungen hervorgehoben, daß es Aufgabe des Ausschusses sei, leibhaftig Tatsachen festzulegen. Hinter diesem Ausschuss steht aber der Staatsgerichtshof; es ist damit zu rechnen, daß über gewisse Persönlichkeiten auf Grund der hier unter dem Eid gemachten Aussagen später ein Verfahren anhängig gemacht wird.

Welche Personen als Angeklagte in Frage kommen, darüber besteht noch den bisherigen Erfahrungen und nach der Tendenz der Fragen einzelner Mitglieder des Ausschusses kein Zweifel; sicherlich sind es nicht Mitglieder der gegenwärtigen Regierung, sondern Mitglieder der früheren kaiserlichen Regierung.

Vorsitzender: Vom juristischen Standpunkt aus hat unsere Lage hier gewiß etwas Anormales an sich, wir sind aber durch die Verfassung gebunden. Es handelt sich darum, ausschließlich die objektive Wahrheit hier festzustellen und das Bild vom Vergangenen zu rekonstruieren.

Abg. Singheimer (Soz.): Ihnen ist das Recht wohl bekannt, über die Dinge nicht auszusagen, von denen Sie eventuell erwarten könnten, daß sie Ihnen zu einem rechtlichen Nachteil gereichen könnten.

Vors. Wurmuth: Was den Staatsgerichtshof anlangt, so wissen wir noch nicht, wie er sich gestalten wird, welche Rechte vor ihm gesüßelt werden sollen und worin die Sühne bestehen wird.

Abg. Dr. Gahn (U. Soz.): Ich verpöndele mich nichts von irgendwelchem Verfahren vor dem Staatsgerichtshof. Hier verhalten wir uns nur, zu einer völligen Klärung der Tatsachen zu gelangen.

Geheimrat Schäfer: Die Ansicht, daß in ausländischen Untersuchungskommissionen immer nur die laute und objektive Wahrheit festgestellt worden ist, trifft nicht zu.

Abg. Dr. Singheimer: Dies habe ich nicht behauptet, ich habe nur gesagt, daß aus Enquete-Kommissionen anderer Länder mir nicht bekannt ist, daß ausländische Staatsmänner und Generäle jemals einen Einwand erhoben haben, der dem von Erzberger Helfferich geäußerten entspricht.

(Schluß in der Morgenausgabe.)

Neuregelung der Reichstagswahlen.

Wie der Berliner Korrespondent der „Köln. Ztg.“ erfährt, besteht im Reichsministerium des Innern die Absicht, das Reichstagswahlrecht insofern auf neue Grundlagen zu stellen, als eine wesentliche Verfeinerung der bisherigen Wahlbezirke vorgenommen werden soll.

Arbeitsminister Wilson gab die Erklärung ab, mit dem Zweck, arbeiten und Beschäftigen sofort zu einer Konferenz zusammenzusetzen, um die Lohnfrage zu regeln.

Die New Yorker Polizei beschlagnahmte das Archiv des russischen Arbeitervereins und aller fremden Arbeitervereinigungen in Amerika. Der Generalstaatsanwalt veröffentlichte das vorgefundene Material. Danach sei eine weitverbreitete Verschwörung, die Ermordung öffentlicher Beamten, Erstickung der Fabriken und Postgebäude geplant worden. Die New York Times sagen, daß das vorgefundene Material die Absicht der Regierung rechtfertige, sämtliche dem russischen Arbeiterverein angehörenden Mitglieder auszuweisen.

Die unbequeme Offseeblockade.

Das belgische Marineamt hat bei dem internationalen Rot durchgesetzt, daß die Blockade der Ostseehäfen, soweit Schiffe, die Holz nach Belgien bringen, in Betracht kommen, rückgängig gemacht wird.

Kleine politische Nachrichten.

Der Kampf gegen Haenisch. Die kleine und mittlere Zentrumspresse, namentlich am Rhein, bemüht sich aufs eifrigste, durch wüste Beschimpfungen des sozialdemokratischen Kulturministers Haenisch die rheinischen Separatistengedanken zu unterstützen. Die große Zentrumspresse hat sich dementsprechend verhalten, aber in der „Deutschen Tageszeitung“ macht Herr Kellermann, der dem Zentrum nahesteht, allen Schwindel gegen Haenisch kräftig mit. Und läßt das kalt, aber das Zentrum mag auf der Hut sein, daß es nicht durch die Demagogie der Deutschen in eine Strömung hineingerissen wird, die es unerschütterlich in Konflikt nicht nur mit der Sozialdemokratie, sondern auch mit allen Demokraten bringen müßte.

Die Lügen der „Freiheit“. In der Notiz der „Freiheit“ vom Morgen des 12. November, „Was von Ministerversprechungen zu...“ teilt Reichswehrminister Roske dem R. G. M. mit: In Angelegenheit der noch in Haft befindlichen Arbeiterführer suchte mich Montag mittig Rechtsanwalt Weinberg auf und stellte sich mir als Rechtsbeistand der Verhafteten vor und teilte bereits Montag mittig mit, daß ich verläufig von einer Entlassung der Leute vom Holzgang Abstand nehme, so daß die Fragesteller bereits Montag mittig Klipp und Klar Bescheid hätten.

Die aus Vosen Vertriebenen. Der Reichsverband Ostschon, Abteilung Flüchtlingsfürsorge in Berlin, Prinzessinnenpalais, Unter den Linden, Eingang Oberwallstr. 1, ersucht alle aus Vosen Vertriebenen und Abgewanderten, ihm ihre jegehige genaue Adresse und zugleich die früheren Aufenthaltsorte mitzuteilen, um ihnen für sie wichtige Mitteilungen zufommen lassen zu können.

Der Oberste Rat hat entschieden, den kleinen Rädern eine Verteilung in den gemäßigten Gerichten zur Aburteilung der auszuliefernden Deutschen einzuräumen.

Wälderbundzukunft. Balfour sagte auf einer Londoner Versammlung der Wälderbundliga, wenn eine große Nation anlangt, Vorbehalte zu machen, so jense die Zukunft für den Wälderbund sehr dunkel aus.

Groß-Berlin

Beseitigt den Schnee!

Bei den letzten Schneefällen hat sich gezeigt, daß die Straßenanleger ihre Pflicht, die Bürgersteige von morgens 7 bis abends 8 Uhr frei von Schnee und Eis zu halten und sie zur Verdrängung gefährdender Glätte von morgens 7 bis abends 10 Uhr mit Sand, Röhre oder anderen abstumpfen Stoffen bestreuen zu lassen, nur in höchst mangelhafter Weise nachgekommen sind. Insbesondere wird in durchaus unzureichendem Umfange gestreut.

Das Volkspolizeiamt macht darauf aufmerksam, daß nach dem Zuhilfenahme der sogenannten Schneeschipper-Verordnung des Oberkommandos die Straßenanleger der ihnen bezüglich der Bürgersteige obliegenden Schneereinigungs- und Streupflicht wieder in vollem Umfange zu genügen haben und daß sie sich im Falle von Zuwiderhandlungen der Bestrafung aussetzen.

Trauerfeier für Hugo Haase.

Auf morgigen Donnerstagvormittag 10 Uhr findet in dem Sitzungssaal des Reichstages die Trauerfeier für den verstorbenen Abgeordneten Haase statt. Eingeleitet wird die Trauerfeier durch Vorträge des Streikorgans Scherla und eines Männerchors. Alexander Koffi wird dann diätetische Bethemore sprechen. Die Gedächtnisrede hält Wilhelm Dittmann; im Auftrage des Zentralkomitees der Unabhängigen Sozialdemokratie spricht Artur Crispian die Abschiedsworte an den verstorbenen Parteivorsitzenden. Daraus würdigen Vertreter des Auslandes, der Fraktion der Nationalversammlung, der Frauen, der Gewerkschaften usw. den Toten in kurzer Ansprache. Den Abschluß der Trauerfeier bilden Vorträge eines Chors und eines Streikorchesters.

Der Trauerzug selbst nimmt Aufstellung am Köpenickerplatz und anschließend in der Eingasse und Charlottenburger Chaussee und bewegt sich dann nach beendeter Feier im Reichstage über die Hindenburgstraße, Harnischstraße, Haffer Straße, Danziger Straße, Frankfurter Allee nach dem Friedhof in Friedrichsfelde. Dort beginnt die Feier mit einem Massengesang des Bundes-Sängerchores der Arbeiterlänger. Daraus folgen unter kurzen Ansprachen die Kranzniederlegungen, worauf die Asche des Verstorbenen beigesetzt wird.

Weniger Zinsen bei den städtischen Sparkassen.

Die städtische Verwaltung von Neudän hat beschlossen, den Zinsfuß für Einlagen bei der städtischen Sparkasse vom 1. Januar ab von 8 1/2 auf 8 Proz. herabzusetzen. Die uns mitgeteilt wird, ist dieser Beschluß auf eine Verjüngung der Groß-Berliner Kammern zurückzuführen, die zu der Herabsetzung gekommen sind, daß der gegenwärtige Zinsfuß bei den Sparkassen nicht aufrechtzuerhalten ist. Auch in Berlin und den anderen Vororten werden den Stadtverordnetenversammlungen demnächst Anträge auf Herabsetzung der zu gewährenden Zinsen zu gehen. Die Gründe für diese Verjüngung der städtischen Finanzminister sind darin zu finden, daß bei allen Sparkassen Groß-Berlins die Einlagen im Laufe dieses Jahres sich wieder außerordentlich erhöht haben. So sind bei der Neudänner Sparkasse allein 19 Millionen Mark neue Einlagen zu verzeichnen. Auch bei den Großbanken ist die Beschäftigung außerordentlich gestiegen. Die Angebote von Hypothekengeldern sind infolgedessen sehr zahlreich, die Hypothekbanknoten machen den Sparkassen, wie und von deren Leitern mitgeteilt wird, neuerdings sehr hohe Konkurrenz. Das tägliche Bankgeld ist denn auch bereits auf 1 1/2 Proz. Zinsen herabuntergegangen, was eine weitere Folge der Flüssigkeit des Geldes ist. Auf der anderen Seite sind die Ausgaben der städtischen Sparkassen infolge der Erhöhung der Gehälter für die Angestellten, der teuren Gebäude- und Mietskosten usw. außerordentlich gestiegen. Um nicht mit Verlusten zu arbeiten, ist mit der Herabsetzung des Zinsfußes bei den Sparkassen unvermeidlich.

Hindenburgempfang am Zoo.

Heute vormittag kam Hindenburg mit einiger Verspätung in Berlin an. Die alldeutsche Presse hatte es beabsichtigt, in aller Stille ihren Empfang zum Bahnhof zu dirigieren. Eine Ehrenkompanie war aufgestellt, und kaum entließ Hindenburg dem Zuge, erhielt der Schrei: Nieder mit dem Untersuchungs-ausschuß, nieder mit Ergberger! Die bei solchen Empfängen üblichen Salons schienen selbstverständlich auch nicht. So hatten die Alldeutschen heute wieder einmal ihren Tag und konnten beweisen, daß sie das „Nieder mit der Regierung“ noch heute so gut verstehen als vor dem 9. November den Ruf: „Nieder mit der Sozialdemokratie!“

Ein Haus in der Friedrichstraße ausgebrannt.

Heute morgen gegen 4 Uhr brach in einer Lampenadell, Friedrichstraße 108, im ersten Stockwerk aus noch unermittelter Ursache ein Brand aus. Der feu sehr schnell auf alle vier Stockwerke und das Dachgeschoss ausbreitete und erheblichen Schaden anrichtete. Die Feuerwehr war mit feuchtem Rohren bis in die Vormittagshunden hinein beschäftigt, konnte aber nicht verhindern, daß alle vier Stockwerke und das Dachgeschoss ausgebrannt. Mehrere Jüde sind an der Brandstelle zurückgeblieben und werden noch einige Zeit zu tun haben, um die Aufräumungsarbeiten zu beenden.

Im Kampf mit einem Weisheitskranken. Heute nacht gegen 1 Uhr wurde eine Sirene der Sicherheitswehr von der Ehefrau Emilie H. gegen ihren im Zeltlager lebenden Mann nach der Neuen Friedrichstraße 1 gerufen. Als die Wehr ankam, verbarrikadierte der Tobende die Tür, durch die ein harter Gasgeruch auf den Korridor hinausdrang. Die Wehr öffnete darauf die Tür gewaltsam und die Mannschaften arbeiteten sich durch die Wohnung, die von H. völlig demoliert worden war, bis man den Kranken, von dem ausströmenden Gase bedäufelt, in einer Ecke liegend fand. Es gelang, H. durch Wiederbelebungsvorläufe ins Bewußtsein zurückzurufen. Er wurde dem Polizeiarzt übergeben, wo sich herausstellte, daß er geisteskrank ist. Seine Ueberführung in eine Heilanstalt ist in die Wege geleitet.

Bestrafung der Chauffeurs des Generals Dupont. Wie die „R. V. Mittagszeitung“ berichtet, hat General Dupont den nächsten Zusammenstoß seiner beiden Chauffeurs mit gewissen Jählingen in der Neuen Wilhelmstraße mit großem Unwillen aufgenommen. Obwohl die Darstellungen in einzelnen Berliner Blättern übertrieben sind, werden die beiden Franzosen von General Dupont aus Berlin entfernt. Sie werden sich ferner vor einem Militärgericht zu verantworten haben und haben nach dem Gebrauch der französischen Rechtspflege eine empfindliche Gefängnisstrafe zu erwarten. Ihre Schuld sieht General Dupont schon darin, daß sie betrunken waren und sich laut herausgaben.

Die Vereinfachung im Postbetrieb wird jetzt mit besonderem Nachdruck angestrebt. Dazu gehören Maßnahmen wie der Freimachungszwang, die Abschaffung des Bestellgeldes usw. Von jeher war die Post ferner demüht, möglichst wenig Sorten von Postwertzeichen zu führen. Diese machen bei der Berechnung und insbesondere bei der Uebergabe der Kasse jedesmal große Arbeit. In der Neuordnung der Postgebühren werden deshalb nicht weniger als 10 Briefmarkensorten abgeschafft. Nicht weiter geführt werden solche zu 2, 2 1/2, 3, 7 1/2, 25, 35, 60 und 80 Pf., sowie zu 2 und 5 M. Es gibt künftig nur noch Freimarken zu 5, 10, 15, 20, 30, 40, 50, 75 Pf., zu 1 M., 1.25, 1.50, 2.00 und 3 M. Bei den sog. Ganzmarken ändert sich lediglich der Wert der aufgedruckten Marke. Die Zahl der bereit zu haltenden Druckladen ändert sich dadurch nicht. Auch wie nur werden Kartenbriefe, Postkarten für das Inland und für das Ausland zu je zwei Marken, zweierlei Postanweisungen, eine Notpostkarte und ein Notpostbriefaus-

Renkän. Der neue Parkfriedhof. Mit der Herrichtung des für Friedhofszwecke erworbenen 300 Morgen großen bewaldeten Geländes an der Witt-Bulower Kreisstraße wird jetzt begonnen. Für die Anlage, die für Groß-Berlin eine Lebenswichtigkeit darstellen wird, sind bereits eine Reihe künstlerischer Entwürfe aufgestellt, die allen modernen Anforderungen des neuzeitlichen Begräbniswesens Rechnung tragen. Die Ausführung der Bauarbeiten für das Verwaltungsgebäude, die Nebengebäude sowie das bereits als errichtete Krematorium soll noch im Laufe dieses Jahres als Rohbauabstand in Angriff genommen werden. In unmittelbarer Angrenzung wird die etwa 80 Morgen umfassende städtische Friedhofsgärtnerei mit den dazugehörigen Gewächshäusern, Raumschulen und Kulturen ihren Platz einnehmen. Der Ausbau der neuen Stadtgärtnerei wird in dem Umfange erfolgen, daß der gesamte gärtnerische Bedarf der Stadt aus dieser Anlage gedeckt werden kann.

Oberschönweide. Die katholische Volksschule. Die Schuldeputation der Gemeinde Oberschönweide hatte im September beschlossen, die dortige katholische Volksschule aufzugeben und in eine Simultan- und unautonome. Auf die Eingabe des katholischen Gemeinde-Vorstandes Oberschönweide hat Unterrichtsminister Haenisch folgenden Bescheid erteilt: Der Bescheid der dortigen Schuldeputation vom September d. J. erhebt, soweit er die Aufhebung der katholischen Volksschule betraf, die Umwandlung in eine Simultan- und unautonome. Die erforderliche Genehmigung der Schulinspektoren zu erhalten.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Die Stadtsanität in der Milchabfuhr am 12. morgen, den 12., auf die einzelnen Milchstellen folgende Mengen abzugeben: A 1 1/2 Liter, A 2 1/2, B 1 1/2, B 2 1/2, C 1, D 1, E 1, F 1, G 1, H 1, I 1, J 1, K 1, L 1, M 1, N 1, O 1, P 1, Q 1, R 1, S 1, T 1, U 1, V 1, W 1, X 1, Y 1, Z 1, AA 1, AB 1, AC 1, AD 1, AE 1, AF 1, AG 1, AH 1, AI 1, AJ 1, AK 1, AL 1, AM 1, AN 1, AO 1, AP 1, AQ 1, AR 1, AS 1, AT 1, AU 1, AV 1, AW 1, AX 1, AY 1, AZ 1, BA 1, BB 1, BC 1, BD 1, BE 1, BF 1, BG 1, BH 1, BI 1, BJ 1, BK 1, BL 1, BM 1, BN 1, BO 1, BP 1, BQ 1, BR 1, BS 1, BT 1, BU 1, BV 1, BW 1, BX 1, BY 1, BZ 1, CA 1, CB 1, CC 1, CD 1, CE 1, CF 1, CG 1, CH 1, CI 1, CJ 1, CK 1, CL 1, CM 1, CN 1, CO 1, CP 1, CQ 1, CR 1, CS 1, CT 1, CU 1, CV 1, CW 1, CX 1, CY 1, CZ 1, DA 1, DB 1, DC 1, DD 1, DE 1, DF 1, DG 1, DH 1, DI 1, DJ 1, DK 1, DL 1, DM 1, DN 1, DO 1, DP 1, DQ 1, DR 1, DS 1, DT 1, DU 1, DV 1, DW 1, DX 1, DY 1, DZ 1, EA 1, EB 1, EC 1, ED 1, EE 1, EF 1, EG 1, EH 1, EI 1, EJ 1, EK 1, EL 1, EM 1, EN 1, EO 1, EP 1, EQ 1, ER 1, ES 1, ET 1, EU 1, EV 1, EW 1, EX 1, EY 1, EZ 1, FA 1, FB 1, FC 1, FD 1, FE 1, FF 1, FG 1, FH 1, FI 1, FJ 1, FK 1, FL 1, FM 1, FN 1, FO 1, FP 1, FQ 1, FR 1, FS 1, FT 1, FU 1, FV 1, FW 1, FX 1, FY 1, FZ 1, GA 1, GB 1, GC 1, GD 1, GE 1, GF 1, GG 1, GH 1, GI 1, GJ 1, GK 1, GL 1, GM 1, GN 1, GO 1, GP 1, GQ 1, GR 1, GS 1, GT 1, GU 1, GV 1, GW 1, GX 1, GY 1, GZ 1, HA 1, HB 1, HC 1, HD 1, HE 1, HF 1, HG 1, HH 1, HI 1, HJ 1, HK 1, HL 1, HM 1, HN 1, HO 1, HP 1, HQ 1, HR 1, HS 1, HT 1, HU 1, HV 1, HW 1, HX 1, HY 1, HZ 1, IA 1, IB 1, IC 1, ID 1, IE 1, IF 1, IG 1, IH 1, II 1, IJ 1, IK 1, IL 1, IM 1, IN 1, IO 1, IP 1, IQ 1, IR 1, IS 1, IT 1, IU 1, IV 1, IW 1, IX 1, IY 1, IZ 1, JA 1, JB 1, JC 1, JD 1, JE 1, JF 1, JG 1, JH 1, JI 1, JJ 1, JK 1, JL 1, JM 1, JN 1, JO 1, JP 1, JQ 1, JR 1, JS 1, JT 1, JU 1, JV 1, JW 1, JX 1, JY 1, JZ 1, KA 1, KB 1, KC 1, KD 1, KE 1, KF 1, KG 1, KH 1, KI 1, KJ 1, KL 1, KM 1, KN 1, KO 1, KP 1, KQ 1, KR 1, KS 1, KT 1, KU 1, KV 1, KW 1, KX 1, KY 1, KZ 1, LA 1, LB 1, LC 1, LD 1, LE 1, LF 1, LG 1, LH 1, LI 1, LJ 1, LK 1, LL 1, LM 1, LN 1, LO 1, LP 1, LQ 1, LR 1, LS 1, LT 1, LU 1, LV 1, LW 1, LX 1, LY 1, LZ 1, MA 1, MB 1, MC 1, MD 1, ME 1, MF 1, MG 1, MH 1, MI 1, MJ 1, MK 1, ML 1, MM 1, MN 1, MO 1, MP 1, MQ 1, MR 1, MS 1, MT 1, MU 1, MV 1, MW 1, MX 1, MY 1, MZ 1, NA 1, NB 1, NC 1, ND 1, NE 1, NF 1, NG 1, NH 1, NI 1, NJ 1, NK 1, NL 1, NM 1, NN 1, NO 1, NP 1, NQ 1, NR 1, NS 1, NT 1, NU 1, NV 1, NW 1, NX 1, NY 1, NZ 1, OA 1, OB 1, OC 1, OD 1, OE 1, OF 1, OG 1, OH 1, OI 1, OJ 1, OK 1, OL 1, OM 1, ON 1, OO 1, OP 1, OQ 1, OR 1, OS 1, OT 1, OU 1, OV 1, OW 1, OX 1, OY 1, OZ 1, PA 1, PB 1, PC 1, PD 1, PE 1, PF 1, PG 1, PH 1, PI 1, PJ 1, PK 1, PL 1, PM 1, PN 1, PO 1, PP 1, PQ 1, PR 1, PS 1, PT 1, PU 1, PV 1, PW 1, PX 1, PY 1, PZ 1, QA 1, QB 1, QC 1, QD 1, QE 1, QF 1, QG 1, QH 1, QI 1, QJ 1, QK 1, QL 1, QM 1, QN 1, QO 1, QP 1, QQ 1, QR 1, QS 1, QT 1, QU 1, QV 1, QW 1, QX 1, QY 1, QZ 1, RA 1, RB 1, RC 1, RD 1, RE 1, RF 1, RG 1, RH 1, RI 1, RJ 1, RK 1, RL 1, RM 1, RN 1, RO 1, RP 1, RQ 1, RR 1, RS 1, RT 1, RU 1, RV 1, RW 1, RX 1, RY 1, RZ 1, SA 1, SB 1, SC 1, SD 1, SE 1, SF 1, SG 1, SH 1, SI 1, SJ 1, SK 1, SL 1, SM 1, SN 1, SO 1, SP 1, SQ 1, SR 1, SS 1, ST 1, SU 1, SV 1, SW 1, SX 1, SY 1, SZ 1, TA 1, TB 1, TC 1, TD 1, TE 1, TF 1, TG 1, TH 1, TI 1, TJ 1, TK 1, TL 1, TM 1, TN 1, TO 1, TP 1, TQ 1, TR 1, TS 1, TU 1, TV 1, TW 1, TX 1, TY 1, TZ 1, UA 1, UB 1, UC 1, UD 1, UE 1, UF 1, UG 1, UH 1, UI 1, UJ 1, UK 1, UL 1, UM 1, UN 1, UO 1, UP 1, UQ 1, UR 1, US 1, UT 1, UY 1, UZ 1, VA 1, VB 1, VC 1, VD 1, VE 1, VF 1, VG 1, VH 1, VI 1, VJ 1, VK 1, VL 1, VM 1, VN 1, VO 1, VP 1, VQ 1, VR 1, VS 1, VT 1, VU 1, VV 1, VW 1, VX 1, VY 1, VZ 1, WA 1, WB 1, WC 1, WD 1, WE 1, WF 1, WG 1, WH 1, WI 1, WJ 1, WK 1, WL 1, WM 1, WN 1, WO 1, WP 1, WQ 1, WR 1, WS 1, WT 1, WU 1, WV 1, WW 1, WX 1, WY 1, WZ 1, XA 1, XB 1, XC 1, XD 1, XE 1, XF 1, XG 1, XH 1, XI 1, XJ 1, XK 1, XL 1, XM 1, XN 1, XO 1, XP 1, XQ 1, XR 1, XS 1, XT 1, XU 1, XV 1, XW 1, XX 1, XY 1, XZ 1, YA 1, YB 1, YC 1, YD 1, YE 1, YF 1, YG 1, YH 1, YI 1, YJ 1, YK 1, YL 1, YM 1, YN 1, YO 1, YP 1, YQ 1, YR 1, YS 1, YT 1, YU 1, YV 1, YW 1, YX 1, YY 1, YZ 1, ZA 1, ZB 1, ZC 1, ZD 1, ZE 1, ZF 1, ZG 1, ZH 1, ZI 1, ZJ 1, ZK 1, ZL 1, ZM 1, ZN 1, ZO 1, ZP 1, ZQ 1, ZR 1, ZS 1, ZT 1, ZU 1, ZV 1, ZW 1, ZX 1, ZY 1, ZZ 1.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

1. Ueb. Anlaß der Erkennung des Gen. Ribbentrop mit der Frauen-Ärztin Stadtverordnete Genoffin Dr. Haggelbainki bei Hofe abgenommen.
Charlottenburg. 6. und 7. Gruppe. Freitag 7 Uhr Gruppenversammlung im Lokal Haggelbainki, Am Altona & Genoffin Stadtrat. Gegen: Warum mußte die Internationale der Kriegsausbruch zusammenbrechen?
Tempelhof. Heute 8 Uhr Jahrestag in öffentlichen Kassen.
Winterberg. Jahrestag städtischer Arbeiter in Am Donnerstag 8 Uhr in den bekannten Kassen. Sehr wichtige Lageberingung.
Mittag. Heute 8 Uhr bei Holm, Audom, Gensinger Str.: Mitglieder-Parlament. 1. Berichtigung des Protokolls. 2. Geschäftsbericht. 3. Bericht des Gemeindevorstandes und Arbeiterrat. 4. Verabschiedung.
Tegel. Mitglieder-Versammlung heute 7 1/2 Uhr im „Friedensrichter“, Vortrag.

Jugendveranstaltungen.

Jugendsozialistische Vereinigung. Donnerstag 7 1/2 Uhr im Saal der Juristischen Erziehung, Lindenstr. 2. Gen. Vorträge: Dr. Kier: Religion und Sozialismus. Diskussion. Gäste sehr willkommen. 7 Uhr: Arbeitsgemeinschaft. Schließen dringend notwendig.
Abd. Weiden. Heute abend 7 1/2 Uhr wichtige Mitglieder-Versammlung. Abt. Winterberg. Jugendheim, Brandenburger Str. 1 (Gemeinde-Schule), Diskussionabend.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Samariter-Bund. Städtische Dienstleistungen Samariter der Bezirkskommissionen Berlin, Ecken und Tempelhof treffen sich zur Berichtigung am Donnerstag, vormittag 9 1/2 Uhr, am Reichstagsgebäude. Seite 10. Samariter der Bezirkskommission Ost: Mittags 12 Uhr im Bezirkslokal Schreinerstr. 60.

Vereinigung sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen. Anlaß: der Berliner Arbeitervereine für den verstorbenen Abgeordneten Genoffin Haase eruchen wir alle Mitglieder um vollständige Teilnahme, möglich auch im Falle der Unabkömmlichkeit. Treffpunkt: Donnerstag, 11 Uhr vormittag, Eisenallee, beim Denkmal Otto d. 3. Zäuner.

Verein für Volkshygiene. Der Vorstand des Vereines Dr. Kuhn: „Aus dem Gebiete der Ernährung“ hat am 10. abends 8 Uhr, im Saal der Reichstags-Volkshilfe, Lindenstr. 10a, 10. St. Eintritt unentgeltlich.

Gewerkschaftsbewegung

Um den Platz im Betriebe.

Am gestrigen Dienstag hat die Fünfzweckkommission zur Arbeitsaufnahme aufgeföhrt und schon heute bringen Klagerufe an unser Ohr, daß seit einigen Tagen morgens laufende Hungerkinder und frierende Arbeiter vor dem Bernerwerk, Siemensstadt auf ihre Wiedereinstellung warten. Nein, sie warten nicht nur, sondern betteln darum. Das ist begreiflich: Wer acht Wochen in einem Kampf gekämpft, sich zuweilen geben mußte mit einer länglichen Unterföhlung, wie sie die Streikunterföhlung ja nur sein kann, bei dem hat die bittere Not Einsicht gehalten. Wichtig ist jenes in der Brust der Arbeiterklasse mahrende moralische Geheiß des solidarischen Handelns, es läßt nicht selten die furchtbarsten Entschwerden als gering erscheinen. Doch mächtiger als jedes Geheiß ist bei denjenigen, die erst spät in die Reihen des kämpfenden Proletariats eingetreten sind, die Not. Die Not macht so manchen Arbeiter zum Außenseiter der Kampfgenossen. Erduldet Not wird aber auch für jene alten Kampfgenossen zur Hölle, sofern dieselben die Ueberzeugung haben, daß sie durch geschickte Führung des Kampfes hätte vermeiden werden können. Und wenn gar die Not einberföhrt mit dem Bewußtsein, als ein Unterlegener wieder zurückkehren zu müssen, so läßt eine solche Seelenverfassung eine starke Erbitterung zurück. Diese Erbitterung bemächtigt sich gerade derjenigen Arbeiter, die entschlüßt sind über den schmällichen Ausgang des Kampfes, die sich blenden lassen durch jene herauskehrende Geheißfolger Ueberlegenheit über den Gegner. Im Kampf — und gerade im Lohnkampf — entscheiden die harten Tatsachen, über sie hinweg helfen keine Kraftworte, sondern einzig und allein die ruhige und mächtigere Beurteilung des geschehenen Kräfteverhältnisses. Die Unternehmer sind aus diesem Kampf als die Sieger hervorgegangen. Galt wäre es inbalden, wenn sie diesen Sieg ausnützen wollten, um nunmehr Rache zu üben an den Unterlegenen. Die Unternehmer würden nur feurige Reden auf ihrem Haupt sammeln, wollten sie der Wiedereinnahme der Produktion und der größtmöglichen Wiedereinstellung der Arbeiterklasse künstliche Hindernisse bereiten. Auch den Unternehmern muß viel daran liegen, daß dieser Ausgang des Kampfes keinen Schaden der Erbitterung zurückläßt und die Produktion so schnell wie möglich wieder in Gang kommt.

Darüber hinaus aber wird es jetzt Sache der Arbeiterklasse sein müssen, die Frage eingehend zu erörtern, ob dieser Kampf einen solchen Ausgang nehmen mußte. Von der Lösung und richtigen Verantwortung dieser Frage hängt gewissermaßen das Schicksal ihrer eigenen Zukunft ab.

Protest gegen Entlassung städtischer Parkarbeiter.

Eine am Dienstag vom Gemeindeförderverband veranstaltete Versammlung der städtischen Parkarbeiter nahm Stellung zu den bevorstehenden Entlassungen. Als erster Redner erhielt der städtische Gartendirektor Proderien das Wort. Die Parkverwaltung habe sich die größte Mühe gegeben, die Arbeiter, welche sie im Sommer beschäftigt, auch den Winter hindurch zu beschäftigen. Aber der Magistrat habe die Geldmittel dazu verweigert. Es solle jedoch möglich gemacht werden, daß die Gehältnigten nicht entlassen, sondern bei anderen städtischen Verwaltungen untergebracht werden. Eine Anzahl der gehältnigten Frauen würde bereits bei der städtischen Kartoffelverwertung beschäftigt, so vorausföhlich auch die anderen Frauen noch Arbeit erhalten würden.

Darauf besprach Reg. Lag die Angelegenheit. Nach einer Verordnung der Regierung dürften, wo Arbeit vorhanden ist, keine Entlassungen vorgenommen werden. Die städtischen Parkanlagen seien in den Kriegsjahren sehr vernachlässigt worden. Sie müßten jetzt wieder in einen guten Zustand gebracht werden. Arbeit sei also genug vorhanden. Sparmaßregeln dürften für die Entlassungen nicht geltend gemacht werden, denn wenn die dringend notwendigen Wiederherstellungsarbeiten in den Parkanlagen jetzt nicht ausgeführt werden, dann müßten sie doch später gemacht werden. Je länger die Arbeiten hinausgeschoben werden, desto mehr lämen die Parkanlagen in Verfall und um so größer würden dann die Kosten der Wiederherstellung sein. Die ganze Bevölkerung Berlins habe das größte Interesse daran, daß ihre Parkanlagen, die „Lungen der Großstadt“, wieder so hergestellt werden, wie sie vor dem Kriege waren. Die Mittel dazu müßten bewilligt werden.

In demselben Sinne sprachen die Diskussionsredner. Sie waren einmütig im Protest gegen die Kündigung, um so mehr, als es fruchtlos ist, daß die Gehältnigten in anderen Betrieben der Stadt untergebracht werden. Da sich, wie behauptet wurde, unter den Gehältnigten Arbeiter befinden, die 14 bis 16 Jahre im Dienst der Stadt stehen, so wurde die Vermutung ausgeprochen, bei dieser Gelegenheit könnten auch die alten Arbeiter abgehoben werden, wogegen entschieden protestiert werden müsse. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß, wenn die Stadt augenblicklich für unproduktive Arbeiten keine Mittel bereitstellen würde, die Arbeiter ja bei den Vorarbeiten zu dem beabsichtigten Ausbau von Frühgemüse beschäftigt werden könnten.

Folgende Resolution fand einstimmige Annahme.

Die am 11. November abgehaltene Versammlung der Arbeiter, Gärtner und Arbeiterinnen der Parkverwaltung protestieren energisch gegen die aufgedrohte Kündigung von 130 Arbeitern, 42 Gärtnern und 149 Arbeiterinnen. Da der Herr Gartendirektor Proderien in der Arbeiterversammlung vom 20. Df. oder d. J. die Erklärung abgab, Arbeit habe ich und ist vorhanden, nur kein Geld, die Arbeiten ausführen zu können, so ist damit die Entlassung wegen Arbeitsmangel hinfällig und laut Verordnung über die Einstellung, Entlassung und Entlohnung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 8. September 1919 unzulässig. Die Versammlung beklagt und verlangt von dem Magistrat der Stadt Berlin, unterföhlich die Mittel zur Weiterbeschäftigung der jetzt gehältnigten Arbeitnehmer bereitstellen.

Generalsversammlung der Brauerer- und Mühlenarbeiter.

Am Dienstag hielt im großen Saal des Arbeiter-Sporthauses der Verband der Brauerer- und Mühlenarbeiter, Jahrestag Berlin, die Fortsetzung der am 26. Oktober verhaltenen Generalsversammlung ab. In der heutigen Versammlung war eine Resolution eingereicht worden, die sich gegen die Technischen Kommission wendet. Diese lange und in ungenügend schmalhüftigen Ton gehaltenen Resolution fand zuerst zur Verhandlung und wurde von ihrem Verfasser Color Boggs begründet. Wir möchten nicht durch Veröffentlichung dieses Geistesprodukts die Organisation bzw. die Versammlung, welche später die Resolution annahm, beschuldigen. Es könnte an diesem Pufferbeispiel einmal gezeigt werden, was heute alles möglich ist und wie jene Leute beschaffen sind, denen leider noch ein großer Teil der Arbeiterklasse geföhrt ist. Der Resolution Beachtete die Ortsverwaltung eine andere mit folgendem Wortlaut entgegengeföhrt:

Die am heutigen Tage stattfindende Mitglieder-Versammlung des Verbandes der Brauerer- und Mühlenarbeiter, Jahrestag Berlin, erklärt: Nachdem die Organisationen, die für die Lebens-

